



Petra Roth demonstriert für Moscheebau Hausen



Frankfurts Oberbürgermeisterin [Petra Roth](#) (Foto) lässt es sich nicht nehmen, am Samstag (20. Oktober) an einer [Demo linker Gruppen](#) teilzunehmen, um sich für das „Recht auf Religionsfreiheit“ einzusetzen. In einem offenen Brief an Roth fragt PI-Leserin Jutta S. zurecht: „Kann es die Religionsfreiheit gemäß Art. 4 unseres Grundgesetzes für ein religiöses Rechtssystem geben, das unsere Gesetze nicht respektiert und die Scharia einführen will?“

Hier der komplette Brief an Petra Roth:

Sehr geehrte Oberbürgermeisterin Petra Roth,

Sie gehen für das “Recht auf Religionsfreiheit” für den Islam auf die Straße! Obwohl Sie in Ihrer Rede in der Stadtverordnetenversammlung am 04.10.2007 einen notwendigen Wandlungsprozess für eingewanderte Muslime (“eine neue Epoche der Aufklärung”) hin zu unserer Rechtsordnung angesprochen haben, gehen Sie für eine politische Religion auf die Straße,

die seit 1400 Jahren die Trennung von Staat und Religion nicht kennt, die Gleichberechtigung der Geschlechter ablehnt, andere Religionen nicht anerkennt, alternative Lebensentwürfe nicht anerkennt und somit insgesamt unseren Artikel 1 des GG negiert. Nun wollen Sie mit dem Bau einer dritten Moschee in dem Stadtteil Hausen diese "neue Epoche der Aufklärung für den Islam" einläuten?

Jede Moschee zementiert den Islam mit seinem eigenen Rechtssystem innerhalb unserer freiheitlichen Demokratie. Von den Moscheevereinen aus werden die Korananweisungen zum Schächten, Kopftuch, zur Polygamie, Separierung von muslimischen Mädchen in den Schulen und die besondere Ehre der Männer, die über den Frauen stehen, vor unseren Gerichten und in den Schulen durchgesetzt.

Statt zu fragen: "Kann es die Religionsfreiheit gemäß Art.4 unseres Grundgesetzes für ein religiöses Rechtssystem geben, das unsere Gesetze nicht respektiert und die Scharia einführen will (muss)?", gehen Sie auf die Straße für einen Islam, der angehalten ist, sich seinen eigenen Staat mit seinem eigenen Rechtssystem zu schaffen! Der Islam konnte und kann sich nie, anders als das Juden- und Christentum, in einem Staat einrichten!

Jede Moschee ist in sich eine Parallelwelt! Das Herzstück jeder Moschee ist die Koranschule! Der Koran ist die nie historisierte Hauptquelle der Scharia und deshalb für gläubige Muslime die umfassende gültige Rechtsleitung. Der Koran soll von Allah direkt gegeben worden sein und steht deshalb für gläubige Muslime über jede von Menschen gemachte Verfassung – auch über unserem Grundgesetz! Eine Gesellschaft zerfällt, wenn in wesentlichen Fragen des Zusammenlebens kein Konsens möglich ist!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, Sie gehen nicht auf die Straße für die Bürger in Hausen! Sie gehen nicht auf die Straße für Muslime, die aus islamischen Ländern zu uns

gekommen sind gerade wegen unserer freiheitlichen Demokratie, wie die "Initiative der säkularen und laizistischen Bürger aus islamisch geprägten Herkunftsländern" (ISL), die sich gegen Vereinbarungen mit muslimischen Vereinen wenden. Sie gehen nicht auf die Straße für Muslime, die sich integrieren wollen. Sie gehen nicht auf die Straße für Ex-Muslime. Sie werfen der BI Hausen Pauschalisierung vor. Wer pauschalisiert? Gemäß Art.1 des GG respektieren Islam-Kritiker Muslime, aber sie dürfen keine Politreligion, die unser GG abschaffen will (muss), respektieren.

Hochachtungsvoll

Jutta S.

Kontakt:

Büro der Oberbürgermeisterin

Römerberg 23

60311 Frankfurt am Main

Telefon: +49 (0)69 212 33333

Telefon: +49 (0)69 212 35060

Telefax: +49 (0)69 212 30749

buero-oberbuergemeisterin@stadt-frankfurt.de



Vortrag von Pierre Vogel in Lauffen abgesagt

✘ Es hat zwar etwas länger gedauert, bis der Bürgermeister der Stadt Lauffen am Neckar, [Klaus-Peter Waldenberger](#), geschneit erkannt hat, welche obskure Person am 28. Oktober [einen Vortrag](#) in seiner Stadthalle hätte halten sollen. Aber wir sind trotz Ihrer späten Einsicht und Ihres, sagen wir mal [„verbesserungswürdigen“ Benehmens gegenüber unseren Lesern](#), nicht nachtragend. Für Ihre Entscheidung, Pierre Vogel alias Abu Hamza wieder auszuladen, gebührt Ihnen – Herr Waldenberger – unser aller Dank.

Rainer Grell vom Pax Europa Landesverband Baden-Württemberg schreibt dazu:

Der Umstand, dass die Erzdiözese München die Einladung des Islam-Konvertiten und „Hasspredigers“ (PI) Pierre Vogel alias Abu Hamza zu einem Vortrag rückgängig gemacht hatte, hat den türkischen Kulturverein Lauffen leider nicht davon abgehalten, den umstrittenen Konvertiten nach Lauffen einzuladen. Zu diesem Zweck hatte sie für den 28. Oktober die Lauffener Stadthalle gemietet.

„Pierre Vogel studierte in Deutschland Islamwissenschaften. Das reichte ihm nicht. Er ging nach Saudi-Arabien an die Universität von Mekka, dorthin, wo ein puritanischer, der wahhabitische Islam gelehrt wird. Das Sendungsbewusstsein Vogels konzentriert sich ganz auf Konversionswillige und Gleichgesinnte. Mit Journalisten rede er nicht, sagt er, da habe er keine Lust zu, die verdrehten immer alles, man kenne das ja“ [\(FAZ\)](#).

„Unverzüglich zu dieser Person eingeleitete Nachforschungen ergaben, dass Abu Hamza unter anderem auch dadurch bekannt ist, dass er christliche Positionen so darstellt, dass die

Botschaft des Christentums verzerrt und entstellt wird. So zitiert er laut Zeitungsberichten das Alte und Neue Testament, um zu beweisen, dass im Gegensatz zum Koran Juden und Christen sehr wohl einen grausamen und rächenden Gott hätten. Eine solche agitatorische Position ist sachlich falsch. Sie dient nicht dem friedlichen Dialog, sondern fördert Polarisierung und Aggression“ (aus der Begründung der Erzdiözese München).

Der Landesverband Baden-Württemberg von Pax Europa protestierte unverzüglich bei Bürgermeister Waldenberger gegen die Vermietung der Stadthalle Lauffen an den türkischen Kulturverein in der Annahme, dass das Stadtoberhaupt gar nicht wusste, welche Laus es sich da in den Pelz zu setzen im Begriff war. Dies scheint in der Tat der Fall gewesen zu sein; denn jetzt machte die Stadt Lauffen die Vermietung ihrer Stadthalle für den Vortrag von Vogel rückgängig – ohne allerdings die Schreiben von Pax Europa einer Antwort zu würdigen. Damit können wir gut leben, erklärte der Geschäftsführer des Landesverbandes, Conny Meier, der die beiden Protestmails verfasst hatte. Der türkische Kulturverein Lauffen wird jedoch sicher einen anderen Weg finden, um Pierre Vogel ein Forum zu bieten, Integration hin oder her.

» Dankeschreiben an: k.p.waldenberger@lauffen.de



Pro-Islam-Lobby gegen Dr. Hiltrud Schröter



Am Montag, 1. Oktober, fand in Frankfurt im Haus am Dom eine Veranstaltung statt zum Thema: „Haus am Dom und FR diskutieren Umstrittenes“. Eingeladen hatte die *Frankfurter Rundschau* und das *Aktuelle Forum*. Auf dem Podium saßen Joachim Valentin, der Direktor des Hauses am Dom, Matthias Arning, der Leiter der Frankfurt-Redaktion der FR und alle eingeladenen Gäste.

Die Gäste des Schmusekurs auf Stammtischniveau waren Daniel Cohn-Bendit, Europa-Parlamentarier der Grünen, [Ünal Kaymakci](#), Generalsekretär der Hazrat Fatima Moschee, Peter Hünseler von Cibedo (Christl.-Islamisches Begegnungs- und Dokumentationszentrum der kath. Bischofskonferenz), Angela Joost für die Quandt-Stiftung. Vom „Widerstand“ aus dem Raum Frankfurt hatten alle den Besuch dieser Veranstaltung der Pro-Islam-Lobby verweigert, außer der Sozialwissenschaftlerin [Dr. Hiltrud Schröter](#) (Foto). Am nächsten Tag erschien in der FR der Artikel [„Zur Moschee gibt es nicht nur eine Wahrheit“](#), zu dem Frau Dr. Schröter jetzt von der FR-Redaktion eine Richtigstellung verlangt.

Hier ihr Text im Wortlaut:

Im 6. Abschnitt des Artikels, der über die Veranstaltung im Haus am Dom, Montag, 1.10.07, berichtet, schreiben Sie: „...außerdem liefert sich Islamkritikerin Hiltrud Schröter mit

dem Generalsekretär des Moscheebauvereins, Ünal Kaymakci, ein Wortgefecht, bei dem es um die Rolle der Frau im Islam geht. Doch die Diskussion bleibt sachlich.“

Richtigstellung:

Als drittletzte aus dem Publikum kam ich ans Saalmikrofon, ich durfte mich vorstellen und eine Frage stellen. Ich erklärte, dass ich Sozialwissenschaftlerin und Autorin bin, mich seit mehr als 20 Jahren mit dem Islam beschäftige und vier Bücher zum Islam geschrieben habe. Zu meiner Arbeit gehöre es, dass ich vergleichende Korananalysen in mehreren Sprachen durchführe, auch im Arabischen. Meine Frage lautete: „Sie sprechen vom „deutschen Islam“. Wollen Sie damit sagen, dass Sie die über 60 Aufrufe im Koran zur gewaltsamen Vernichtung der Nicht-Muslime streichen wollen? Außerdem die drei Verse, in denen Juden als „Affen und Schweine“ bezeichnet werden? Außerdem die drei Verse, die das „Töten bei Berechtigung“ legitimieren?“ Im Unterschied zu meinen Vorrednern bekam ich keine Antwort, erst sollten die beiden letzten Redner ihre Fragen stellen. Danach beschimpfte mich Herr Kaymakci als „Hassprediger“, der durch Deutschland reise, um Hass gegen den Islam zu verbreiten. Das Wort „Hassprediger“ rief er mehrmals. Von keinem auf dem Podium wurde ihm Einhalt geboten. Auch das Publikum schwieg. Danach war die Veranstaltung bald beendet. Zur Frau im Islam haben weder Herr K. noch ich auch nur ein einziges Wort gesagt. Einige Personen kamen zu mir, bewunderten meinen Mut und beklagten ihre Feigheit. Das war auch am nächsten Tag mehrmals telefonisch so. Diese Personen sind bereit, die Richtigkeit meiner Aussage zu bezeugen.

Ich fordere Sie auf, diese Richtigstellung zu veröffentlichen.

Mit freundlichem Gruß
Dr. Hiltrud Schröter

Hier ein 3sat-Interview mit Dr. Hiltrud Schröter zum Thema Kopftuchstreit:

- » FR: [Frankfurts OB Petra Roth \(CDU\) sagt Ja zur Moschee](#)
- » FR: [Hausener Bürgerinitiative – Gegen die „Politreligion“ Islam](#)



Bald nur noch Holzkohledöner?

Wie der Sozialismus einst als Durchgangsstation zur kommunistischen Weltherrschaft gedacht war, so ist Multikulti die Vorstufe zur islamischen Monokultur. Mancherorts ist man seiner Zeit voraus, etwa in Köln-Ehrenfeld, wo die einst legendäre Vielfalt des „Veedels“ im einheitlichen Dönerbrei zu ersticken droht. PI-Leser „Selberdenker“ berichtet über ein aktuelles Beispiel aus seiner Ehrenfelder Heimat. Sicher nur ein Steinchen im großen Puzzle. Aber oft ist es gerade ein einzelnes Teil, das uns eine plötzliche Ahnung gibt, wie das große Bild am Ende aussehen soll.

Hier ist Selberdenkers Bericht:

Ich komme aus Köln-Ehrenfeld und beobachte täglich die fortschreitende Übernahme auch dieses alten Kölner Stadtteils durch Türken. Natürlich bin ich kein genereller Ausländerfeind. Andere Nationalitäten verschwinden jedoch auch langsam aus Ehrenfeld oder werden einfach langsam von den

türkischen Mitbürgern verdrängt.

Jede vierte Frau im Straßenbild trägt hier inzwischen das türkische Kopftuch, eine bewußte politische Demonstration des wachsenden türkischen Einflusses hier. Tschador und sogar Burka sind keine Seltenheit mehr. Auf der Ehrenfelder Hauptstraße gehört fast jedes dritte Geschäft einem Türken. Die türkische Sprache wird nicht nur gesprochen, sie prägt auch die Werbung im Straßenbild.

Eine winzige, trotzig „deutsche Insel“ war in diesem türkisch ersiedelten Gebiet lange noch die kölsche Gaststätte „Zehnpfennig“ an der Venloerstraße. Als ich letztens an der kleinen Kreuzung vorbeifuhr, bot sich mir dieses Bild: Über dem Schriftzug „Gaststätte Zehnpfennig“ hängt das türkische Riesenplakat (*Foto oben*).

An dieser Ehrenfelder Kreuzung hält sich noch tapfer ein Italiener, der bald gegen VIER Dönerbuden konkurrieren muß. Ein freundlicher Perser wurde bereits vor Monaten durch einen Türken ersetzt.

Das beschriebene Beispiel oder auch nur der türkisch werdende Stadtteil Ehrenfeld sind kein Einzelfall in Köln und nur ein beispielhafter Ausschnitt aus dem, was derzeit in unserer Stadt geschieht. Der geplante, alles dominierende staatlich/türkische Großmoscheekomplex setzt dem Ganzen nur noch symbolisch die Krone auf.

Multikulti? Schon lange nicht mehr...

Einen besorgten Gruß aus Köln!

GB: Islam-Werbung in Bussen & Bahnen

PROUD TO BE A BRITISH MUSLIM
ISLAMISPEACE.ORG.UK

In Großbritannien wird jetzt während des Ramadans der Taqiyya-Slogan „[Islam heißt Frieden](#)“ in Bussen, U-Bahnen und in Flughäfen propagiert. Das angesichts einer Religion, in deren Namen weltweit nahezu täglich Hunderte Menschen umgebracht werden. Die Feigheit des europäischen Mittelstands reagiert darauf wie immer mit andauernder Unterwerfungsgebärde.

Am Montag, 24. September, wurde die nationale Medienkampagne gestartet, die angeblich darauf abzielt, Missverständnisse über den Islam und die britische Muslime auszuräumen. Die Landesweite Aktion, soll die grosse Masse über die „wirklichen“ Ansichten der britischen Muslime informieren: „[Islam heißt Frieden](#)“, will die Schranken des Misstrauens und der Zertrennung niederreißen, die Klischees angreifen, Vorurteile bekämpfen und – wie es heisst – die Gelegenheit bieten, die Werte Respekt, Toleranz und friedliche Koexistenz zu stärken.

Diese Botschaft wird einem grösseren Publikum bekannt gegeben, indem man im grossen Stil Werbung macht, auf Londoner Bussen und U-Bahnen – später soll die Kampagne auf ganz Grossbritannien ausgeweitet werden. Der Beginn dieser Aktion war zeitlich so gelegt, dass sie mit dem heiligen Monat Ramadan zusammenfällt.

Der Generalsekretär des britischen Muslimrates [Dr. Muhammad Abdul Bari](#) lobte die Initiative:

„Die stille Mehrheit der Muslime kommt jetzt ans Licht und

fordert die irreführenden und negativen Annahmen über unseren Glauben heraus, die in gewissen unserer Medien verbreitet werden. Es handelt sich dabei um ein mutiges Unterfangen „.

[Dr. Hany El Banna](#) OBE (Träger des britischen Imperiumsordens), Präsident von "[Islamic Relief](#)", sagte:

„Wir unterstützen diese Initiative junger Muslime, die für ihren Glauben und ihr Land eintreten gern. Es handelt sich um einen lobenswerten staatsbürgerlichen Akt, der eine grössere Gemeinschaft erreichen kann.“

(Quelle: Newsletter der Theo van Gogh Gesellschaft)



Moscheebau Hausen: Appell an OB Petra Roth

In einem offenen Brief an Frankfurts Oberbürgermeisterin [Petra Roth](#) (Foto) haben 13 hessische Bürger ihre große Sorge über den geplanten Moscheebau im Stadtteil Hausen zum Ausdruck gebracht. Sie appellieren an Roth, sich im Rahmen der Plenarsitzung am 4. Oktober Ihrer Verantwortung als Oberbürgermeisterin **aller** Frankfurter Bürger und Bürgerinnen zu vergegenwärtigen.

Hier der offene Brief im Wortlaut:

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

am 4. Oktober werden Sie im Rahmen einer Plenarsitzung zu dem geplanten Neubau einer weiteren Moschee im Stadtteil Hausen Stellung beziehen. Als Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die die Einseitigkeit des bisherigen politischen und öffentlichen Diskurses mit tiefer Sorge beobachten, appellieren wir dringend an Sie, folgendes bei Ihrer Meinungsbildung in Betracht zu ziehen:

1.) Ihre Verantwortung vor Gott, die unser Grundgesetz in der Präambel an erster Stelle ins Bewusstsein rückt. Dieser Gott, auf den die Väter des Grundgesetzes Bezug nehmen, ist der Gott der Bibel, der sich als Vater, Sohn und Heiliger Geist offenbart hat.

In Ihrem Vorwort zum „Frankfurter Neuen Testament“ betonen Sie selbst, wie aktuell die Bibel ist und welche Bedeutung diese für unsere Gesellschaft hat. Bedenken Sie, dass der Allah des Koran mit dem Gott der Bibel nichts im Entferntesten zu tun hat.

2.) Die Unvereinbarkeit des Islam mit unserer Rechtsordnung. Dazu ein Zitat aus dem schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbericht von 2005:

„Zum unabdingbaren Bestand einer freiheitlichen Verfassungsordnung gehört, dass die Religion eine für Dritte folgenlose Privatsache eines jeden Individuums darstellt. Die durch Artikel 4 Grundgesetz gewährte Religionsfreiheit differenziert nicht zwischen einzelnen Religionen und räumt auch Nicht-Gläubigen denselben Achtungsanspruch ein. Eine solche Toleranz gegenüber anderen Lebensplänen ist dem Islamismus fremd. Er verfolgt einen kollektivistischen Ansatz, instrumentalisiert die Religion für politische Machtansprüche und stellt damit eine Ideologie dar. Endziel ist entweder die umfassende, gewaltsame theokratische Umgestaltung der jeweiligen Herkunftsländer und/oder die

langfristig angelegte Durchsetzung seiner politisch-religiösen Vorstellungen auch in westlichen Verfassungsstaaten und freiheitlichen Gesellschaftsordnungen. Diese extremistischen Zielsetzungen werden allerdings im öffentlichen Diskurs häufig verschleiert. So sind vordergründige Bekenntnisse zu Pluralismus, demokratischen Prozessen und Minderheitenschutz nicht selten, die im Kontext jedoch erkennen lassen, dass sie nur solange gelten, wie man sich selbst in der Minderheit befindet. Insbesondere im interreligiösen Dialog wird auf die Taqiya, die aus islamischen Quellen abgeleitete Befugnis zur Täuschung, zurückgegriffen.“

Eine Taktik, die auch der Generalsekretär des Vereins der „Hazrat Fatima Moschee“, Herr Ünal Kaymakci, exzellent beherrscht, was er im Rahmen der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirats 7 in der Brotfabrik am 18. September eindrucksvoll unter Beweis stellte.

Dies zugrunde legend bitten wir Sie – in Verantwortung gegenüber unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung – die Tatsache zu berücksichtigen, dass der Islam und das Grundgesetz unvereinbar sind: Der Islam ist eine Politreligion mit Überlegenheits- und Herrschaftsanspruch, der Nichtmuslimen weniger Rechte einräumt, sie zu Menschen zweiter Klasse degradiert und insbesondere Frauen diskriminiert. Moscheen sind keine „Gebetshäuser“, wie oft naiv behauptet wird, sondern politische Zentren. Religionsfreiheit im Islam gibt es nicht. Muslime haben das Ziel – wenn Sie dem Gebot Allahs folgen – sobald sie als Minderheit eine gewisse Macht haben, die Scharia einzuführen, erst recht als Mehrheit. Dazu verpflichtet der Koran. Sie täuschen also zunächst die Anpassung vor, in den islamischen Rechtsschulen heißt das „taqiya“. Der hessische Innenminister Bouffier nannte das im Hessischen Verfassungsschutzbericht 2002 „Legalitätstaktik“.

3.) Weiterhin appellieren wir an Sie, sich Ihre Verantwortung

als Oberbürgermeisterin aller Frankfurter Bürger und Bürgerinnen zu vergegenwärtigen. In unserer Stadt leben Menschen jeglicher sozialer, kultureller und religiöser Prägung aus mehr als 180 Ländern der Erde.

Das muss klar herausgestellt werden, da insbesondere der Integrationsdezernent, Herr Jean-Claude Diallo, sich zum Handlanger des Hazrat-Fatima-Moscheenvereins gemacht hat und die Interessen vieler in Hausen und Frankfurt lebenden Bürgerinnen und Bürger in einer äußerst arroganten Art missachtet. Wer – wie er – für die Schilderung der schrecklichen, seit Jahrhunderten andauernden Verfolgung der koptischen Christen in Ägypten durch den Islam und die daraus resultierenden Vorbehalte der koptischen Gemeinde in Frankfurt-Hausen gegenüber dem geplanten Moscheebau nur ein abfälliges Lächeln übrig hat (so geschehen in der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirats 7 am 18. September), disqualifiziert sich charakterlich für diese anspruchsvolle Aufgabe. Fachlich hat er es mit seinen Beiträgen in der laufenden Debatte ohnehin schon getan.

Wir bitten Sie als vom Volk gewählte Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt, auch die Interessen, Sorgen und Nöte der einheimischen Bevölkerung sowie die Belange aller hier lebenden Bürger mit Migrationshintergrund – insbesondere derer, die aufgrund ihres Glaubens oder ihrer politischen Einstellung in islamischen Ländern verfolgt und diskriminiert wurden bzw. werden – den Interessen des Hazrat-Fatima-Moscheenvereins gegenüber-zustellen und diese sorgfältig gegeneinander abzuwägen. In diesem Zusammenhang erinnern wir gerade Sie als Frau an die Menschenrechtsverletzungen an vielen Mädchen und Frauen in unserer Stadt, die aufgrund der Vormachtsstellung des Mannes im Islam ihres Rechts auf Selbstbestimmung sowie ihrer persönlichen Freiheit und Würde beraubt werden (Verweigerung von Aus- und Weiterbildung, Einschränkungen in der Berufswahl, Zwangs- verheiratung, Ehrenmorde usw.)

Wir, die Unterzeichner dieses offenen Briefes, vertrauen darauf, dass Sie als Repräsentantin der freien Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am 4. Oktober eine Position beziehen werden, die die freiheitlich demokratische Grundordnung unserer Gesellschaft stärkt und der weiteren Islamisierung unserer Stadt und unseres Landes entgegenwirkt.

Mit freundlichen Grüßen

Mathias Mund, Handelsfachwirt

Heidemarie Mund, Dipl.-Betriebswirtin

Jeanette Barkhuyan, Hausfrau

Giuseppe Bruno, Vors. der ACLI – Italienisch-Christliche Arbeiterbewegung in Deutschland

Martin Henschel, Bankkaufmann

Ermelindo Roepke, Missionar

Alexander Bench, Pastor

Günter Kerssebaum, Rentner

Horst Weißbarth, Sprecher der Bürgerinitiative Hausen

Jürgen Quente, Pensionär

Dr. Hiltrud Schröter, Sozialwissenschaftlerin u. Autorin

Ciro Cangiano, Arbeiter

Klaus Strödter

» Kontakt:

Büro der Oberbürgermeisterin Petra Roth

Römerberg 23

60311 Frankfurt am Main

Telefon: +49 (0)69 212 33333

Telefon: +49 (0)69 212 35060

Telefax: +49 (0)69 212 30749

E-Mail: oberbuergmeisterin@stadt-frankfurt.de



EU-Kommission garantiert Moscheebauten



Die EU meint es gut mit uns. Deshalb gibt es zahlreiche Kommissionen, die mit vielen Steuermitteln für den reibungslosen Ablauf unseres Lebens sorgen. Die Krümmung von Bananen wird ebenso geregelt wie die Größe von Tomaten. Jetzt hat die „Kommission gegen Rassismus und Intoleranz“ (ECRI) den europäischen Ureinwohnern zusätzlich auch Moscheebauten verordnet.

Die Muslime müssen ihre Religion ausleben können. Daher haben die Mitgliedstaaten ihre Bevölkerung im Zaum zu halten und gegen die Mehrheit tätig zu werden.

So heißt es bei ECRI, in der „[Politischen Empfehlung zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen](#)“ für die Regierungen der Mitgliedstaaten, in denen moslemische Gemeinschaften angesiedelt sind und in einer Minderheitssituation leben, unter anderem auf Seite 5:

die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die freie

Religionsausübung voll und ganz garantiert wird; in diesem Zusammenhang sollten insbesondere unnötige rechtliche oder administrative Hindernisse für den BAU einer ausreichenden Zahl von Gebetshäusern zur Ausübung des Islam und für seine Bestattungsriten abgeschafft werden.

zum Schluss, Seite 6, heißt es dann:

dafür Sorge zu tragen, dass die Wirksamkeit aller Maßnahmen zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegen Muslime überwacht und bewertet wird.

(Spürnase: J.S. [BDB](#))



Großbritannien: Kopftuch oder Zahnarztwechsel



Im Kalifat auf dem Gebiet des Vereinigten Königreiches lassen

die Muslime die Muskeln spielen. Es wurde jetzt der Fall des Zahnarztes Omer Butt (Foto) bekannt, der [einer Patientin erklärte](#), dass sie entweder ein Kopftuch zu tragen oder sich einen anderen Zahnarzt zu suchen habe. Die Patientin musste sich religiös belehren lassen und ein Kopftuch der Zahnarzthelferin aufsetzen.

Der Bruder des lebenswerten Dentisten ist Hassan Butt, ein Islamist, der mit den Terroristen von London sympathisierte und den 11. September als Tag bezeichnete, der Allahs Wohlgefallen verdiene. Soviel, [Herr Gusenbauer](#), zum Thema Ausbildung schützt vor Extremismus. Inzwischen soll der Bruder dem Terror abgeschworen haben ([Taqiyya?](#))

Der Vorfall soll sich im Jahre 2005 in Bury, einer Stadt im Metropolitan County Greater Manchester, ereignet haben, als es für Tausende von Patienten nahezu unmöglich gewesen sein soll, einen National Health Service Zahnarzt zu finden. Ob die betroffene Patientin Muslima war, ist nicht bekannt.

Die mögliche Strafe für Porschefahrer Butt reicht von Verwarnung bis zum Gefeuertwerden.

(Spürnase: ktulu)



Protestaktion Islamisierung

gegen



Da die Politiker die Gefahren der Islamisierung ignorieren, griffen Bürger zu anschaulicher Selbsthilfe. In Berlin, Braunschweig, Bremen, Hamburg, Köln, Witten und Wuppertal wurden heute mehrere Frauen-Statuen mit einer Burka oder einem Kopftuch verschleiert. Mit der Aktion soll deutlich gemacht werden, dass in Deutschland die europäische Idee „Einheit in Vielfalt“ gilt.

Außerdem soll damit veranschaulicht werden, dass sowohl demokratisches und freiheitliches als auch säkulares Denken einen der wertvollsten Werte darstellt, den es zu schützen gilt und für den es sich einzusetzen lohnt. Mit einem religiösen System, das totalitäre Strömungen und Unterdrückung von Individuen aufweist, kann eine solche Errungenschaft ernsthaft in Bedrängnis geraten. Deshalb sollte in der Öffentlichkeit diskutiert werden, ob das Vokabular Europas und das gewisser religiöser Strömungen eine gemeinsame Basis teilen. So haben etwa „das Haus des Friedens“ und „das Haus des Krieges“ im Islam eine andere Bedeutung als wir das verstehen. „Das Haus des Friedens“ kann aus der Sicht des Islam immer nur dort sein, wo der Islam herrscht.

Wir werden sehen, wann sich die ersten Politiker von der Aktion distanzieren, während sich in Dänemark ein Künstler wegen einer Zeichnung [verstecken muss](#), damit Allahs Bodenpersonal ihn nicht schlachtet. Die Gusebauers werden

sich beeilen, uns zu [erklären](#), dass das Problem nicht der Islam ist und die Christen beten eben [ein paar Suren mehr](#). Europa wird leider auch nach solchen Aktionen tief und fest weiterschlafen.

Weitere Fotos von der Aktion [hier](#).



Ratzeburger-Erklärung des Templer-Ordens



Der [Ordo Militiae Crucis Templi – Tempelherren-Orden](#), Deutsches Priorat, hat sich anlässlich seines Generalkapitels vom 7. bis 9. September 2007 in Ratzeburg mit der Situation des Zusammenlebens von Christen und Moslems in Deutschland befasst und in Sorge um den inneren Frieden in unserem Volk folgende Erklärung abgegeben.

**Ratzeburger-Erklärung zur Gefahr der
fortschreitenden Islamisierung Deutschlands**

1. Der Orden verpflichtet sich aufs Neue, das gemeinsame und verbindliche Glaubensgut der Christen zu pflegen, die Ökumene zu fördern und die abendländisch christliche Kulturgemeinschaft zu verteidigen. Daher warnt er vor sämtlichen Ausprägungen von totalitären und extremistischen Ideologien. Dies gilt auch für die als „Islamismus“ bezeichnete extreme Ausprägung des Islam, die die Bestimmungen des Korans gegenüber den freiheitlich orientierten Rechtsstaaten Europas zu verabsolutieren versucht und dabei anderen, wie Juden und Christen, mit Hass und Verachtung begegnet.

2. Das Grundrecht der Glaubensfreiheit gemäß Art. 4 GG findet seine Schranken, wo es zur Agitation gegen andere Grundrechte, zur Ungleichbehandlung von Frau und Mann, zum Verstoß gegen die Menschenwürde oder zum Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung herangezogen wird. Eine Glaubensströmung, die anderen Religionen das Existenzrecht verweigert, ist keine Religion im Sinne unserer Verfassung.

3. Ausländische Muslime, die aufgrund der Lehre des Koran die Umma (islamische Weltgemeinschaft) – ggf. auch gewaltsam – verwirklichen sowie Frauen und Nichtmuslimen Menschenrechte im Sinne der UN-Charta der Menschenrechte von 1948 bestreiten und verweigern wollen, dürfen in Deutschland kein Aufenthaltsrecht bekommen.

4. Muslime können nur dann die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, wenn sie bereit sind, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Sie müssen sich erkennbar sprachlich, kulturell und wirtschaftlich eigenverantwortlich in den deutschen Staat integrieren.

5. Alle Muslime, die die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen, und alle islamischen Gemeinschaften in Deutschland haben das Recht auf Glaubenswechsel ausdrücklich anzuerkennen, einschließlich des Rechts auf Abkehr vom Islam.

6. Zuwanderern, die die freiheitlich-demokratische Rechtsordnung ganz oder teilweise ablehnen, ist die deutsche Staatsbürgerschaft zu versagen. Sie sind in ihr Herkunftsland abzuschieben.

7. Polygamie darf weder anerkannt noch toleriert werden. Unsere Sozialsysteme dürfen nicht dazu benutzt werden, Zweit-, Dritt- oder Viertfrauen von Muslimen zu alimentieren.

8. Ärztinnen, Ärzte und Hebammen werden gesetzlich verpflichtet, dem Amtsarzt Genitalverstümmelungen bei Mädchen und Frauen zu melden.

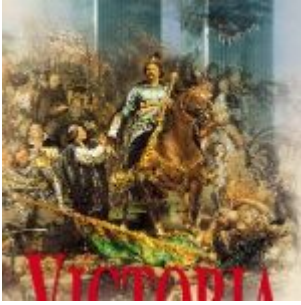
9. Vorauseilender Gehorsam – etwa das Entfernen von Kreuzen aus öffentlichen Gebäuden wie Schulen und Kindergärten – verletzt die Gefühle der Christen hierzulande und muß daher unterbleiben.

10. Die Mitglieder des OMCT wissen, daß Christen und Muslime zwar an einen Gott glauben, daß dies aber nicht derselbe Gott ist. Wir Christen glauben daran, daß Gott sich im Alten Bund und in seinem, ihm wesensgleichen Sohn Jesus Christus ausschließlich und endgültig geoffenbart hat. Jesus Christus spricht: „Wer mich sieht, der sieht den Vater“ (Joh. 14,9).

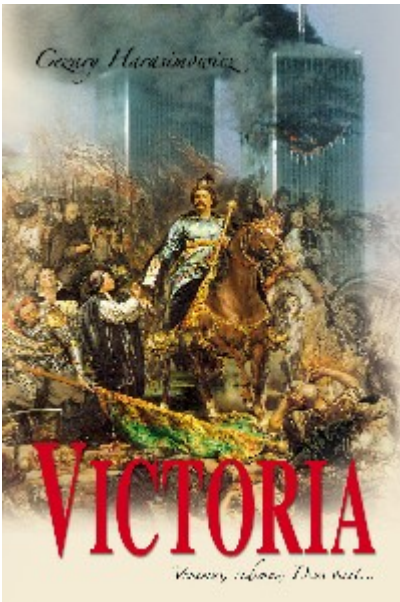
Der Ordo Militiae Crucis Templi – Tempelherren-Orden, Deutsches Priorat, erwartet von einem Europa, das vom Christentum und von der Aufklärung geprägt wurde, die eigenen Werte bewußt und unverkennbar zu leben, daher gehört der Gottesbezug in eine Europäische Verfassung. Hierbei kommt es nicht nur auf den Staat, sondern auch auf die Kirchen, Unternehmen, Verbände und jeden einzelnen an.

Ratzeburg, den 08.09.2007

» Kontakt zum Tempelherren-Orden: g.nuebling@t-online.de



Victoria – Film über die Türkenbelagerung Wiens



Der polnische Geschäftsmann Mariusz Bialek will eine neue Karriere als Filmproduzent machen und den Film [„Victoria“](#) über die Befreiung Wiens von den Türken im Jahr 1683 drehen. Mit einem Budget von mehr als 30 Millionen Euro würde es der teuerste Film in der Geschichte des polnischen Kinos, berichtet die Zeitung [Gazeta Wyborcza](#). Als Regisseur und Hauptdarsteller in der Rolle des polnischen Königs Johann III. will Bialek Hollywood-Star Mel Gibson verpflichten.

Eine Zusage des Australiers, dessen Film „Die Passion Christi“ in Polen ein Kassenerfolg war und international Kontroversen auslöste, steht allerdings noch aus.

„Alle Zeichen im Himmel und auf Erden zeigen, dass er an dem Projekt interessiert ist. Das, was Gibson bis jetzt gemacht hat, garantiert, dass unser Film ein weltweiter Erfolg wird“, sagte Bialek.

Die Befreiung Wiens, „der größte militärische Erfolg“ der Polen, sei ein aktuelles Thema, verdeutliche es doch den Kampf zwischen der islamischen und christlichen Zivilisation. Das Drehbuch sei bereits vorbereitet und basiere zum größten Teil auf historischen Fakten.

Bialek, der in Warschau eine Baufirma leitet, wirbt derzeit für die Produktion in Polen und im Ausland, unter anderem auch in Deutschland und Österreich, um Geldgeber. Anfang 2008 soll gedreht werden.

(Spürnase: fruchtzweg)

Der Mann mit dem Kreuz



Der 11. September 2007 in Brüssel hat viele bizarre Geschichten geschrieben. Was Zivilcourage angeht, sticht die Aktion von PI-Leser Hajo F. am Place du Luxembourg jedoch deutlich heraus. Um kurz vor 12 Uhr entschloss er sich, sein mitgebrachtes Holzkreuz zum Gedächtnis an die 9/11-Opfer und als Zeichen gegen die drohende, schleichende Islamisierung Europas hoch zu halten. Kurze Zeit später war Hajo F. umzingelt von einer großen Menge internationaler Journalisten und stand ihnen auf Französisch, Englisch und Deutsch Rede und Antwort. Nicht zuletzt deswegen stieß „der Mann mit dem Kreuz“ bei der Brüsseler Polizei mehr und mehr auf Unbehagen...

Was dann geschah, berichtet Hajo F. selbst:

Ich kam am 11. September 2007 um halb 12 Uhr am Place du Luxembourg an. Dort war viel Polizei inkl. Polizeipanzern. Ich traf einen Bekannten mit zwei Gleichgesinnten an einem Café. Es war ja nur ein reines „Touristentreffen“ vereinbart und man wollte keine gemeinsamen Aktionen machen. So ging ich dann an eine andere Stelle des Platzes. Stephen Gash von SIOE gab, ruhig in einem Café sitzend – also nicht

demonstrierend – viele Interviews.

Kurze Zeit später wurden mehrere Personen in einen Gefängnis-LKW verfrachtet, ohne dass erkennbar gewesen wäre, dass sie „demonstriert“ oder sonst irgendetwas getan (diese Aussage sollte mir später immer wieder begegnen) hätten. Es war kurz vor 12. Ein Raunen ging durch die Menge, man müsse etwas tun, jetzt wäre ja die Gedächtnisminute für die 9/11-Terroropfer in den USA.

Ich entschloss mich spontan, mein mitgebrachtes Holzkreuz zum Einsatz zu bringen und – jeglicher, ungewisser Gefahr trotzend – es hoch zu halten. Als Gedächtnis für die Opfer, als Zeichen gegen die drohende, schleichende Islamisierung Europas, die mangelnde Gegenwehr und das wachsende Appeasement. Und natürlich als Spontanprotest gegen das ungerechte Demonstrationsverbot von Brüssels Bürgermeister Thielemans, verbunden mit einem Gebet und in Erinnerung an viele katholische Heilige, die ebendieser Gefahr des Islam schon vor Jahrhunderten trotzten: Es sei nur erinnert an den Heiligen Marco d'Aviano, Kapuzinerpater, der am 12.9.1683 die Truppen bei der Schlacht vor Wien gegen die anstürmenden mohammedanischen Horden des osmanischen Sultans unterstützte.



Es handelte sich um eine private Einzelaktion, um Ausübung der Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 GG, Art. 11 Europäische Menschenrechtscharta (welche in Deutschland übrigens nicht einmal anmelde-, geschweige erlaubnispflichtig ist). Meine Aktion war nur: Holzkreuz hochhalten, still beten und ca. 50 Journalisten in Englisch, Französisch und Deutsch laufend Antworten geben.

Um 13 Uhr wurde ich schließlich von der Brüsseler Polizei festgenommen, gewaltsam verfrachtet in einen LKW mit dem Kennzeichen „NNN 148“ und einem innen angebrachten, von außen zu sehendem Schild „Charly 2“. Die Polizisten waren, wie dann später auch die meisten, von der Polizeizone 5339 (= eine von sechs [Zonen in Brüssel](#)).

Verbracht wurde ich in den Justizpalast, Place Poelaert, Tel.: 02/508-6656. Dort kam ich in einen hohen Raum in dem schon viele andere Personen warteten. Es wurden immer mehr Inhaftierte, auch die Leiter von Vlaams Belang, Filip Dewinter und Bart Debie. Letzterer – übrigens ein ehemaliger Polizist – sagte mir, dass man uns maximal 12 Stunden ohne Grund festhalten dürfe. Üblicherweise käme man danach frei ohne weitere Folgen. Die deutsche Botschaft müsse ich nicht informieren, könne es aber wegen der politischen Wirkung.



Nach ca. einer Stunde wurden wir in kleine Zellen gebracht, die nur ein dickes grünes Gitter und eine Bank beinhalteten. Zuerst war ich mit sechs anderen Personen, dann allein, ganz

am Ende mit drei Mitgliedern vom Vlaams Belang inhaftiert. WC-Zugang wurde einem einzeln gewährt, am Abend gab es eine Waffel. Ich konnte nach draußen mit dem Handy telefonieren und erreichte einen deutschen Rechtsanwalt und die deutsche Botschaft. Letztere gab mir die Auskunft, dass kein Fall des „diplomatischen Schutzes“ bestünde, da Belgien ja ein Rechtsstaat sei und ich bei einer Vernehmung die Möglichkeit, einen Anwalt zu nehmen, bekommen würde. So fügte ich mich in mein Schicksal.

Im großen, fünf Stockwerke hohen Zellentrakt ? ca. 20 Zellen, die fast alle gefüllt waren (in der Presse hieß es 154 Festnahmen an dem Tag), ging es hoch und laut her. Am besten gefiel mir die Parole, die ich lauthals unterstützte: „Islamisten – Terroristen“, was in Kürze auch den Kern unseres Anliegens ausdrückte. Ein Ortsvorsitzender des VB erzählte mir, wie schlimm seine Partei angegriffen werde beim Plakatieren, dass die Polizei nicht komme bei Notfällen und dass seine Partei eben die einzige sei, die auf die Gefahren der Islamisierung hinweise.

Um 19.30 Uhr wurde ich wieder entlassen, nach einer nur oberflächlichen Sachaufnahme-Prozedur. Mir wurde nichts abgenommen, nur kurzzeitig der Tascheninhalt in eine Plastiktüte gesteckt und dann alles zurückgegeben. Einen schriftlichen Nachweis der Haft bekam ich trotz Nachfrage nicht.

Wenn man sich vorstellt, dass auf dem Königsplatz in Brüssel die Statue des ersten Königs von Jerusalem, Gottfried von Bouillon steht, der beim ersten Kreuzzug am 17.07.1100 in Palästina starb, kann ich nur sagen: Armes Belgien – wie weit bist Du von Deinen Grundwerten und Traditionen abgekommen...

Anmerkung von PI: PI-Leser Urs Schmidlin weist in einer Mail zurecht darauf hin, dass der von Hajo genannte Gottfried von Bouillon keineswegs der erste König von Jerusalem war. Urs

nennt statt dessen Saul und David. Weitere Bibelforschungen haben ergeben, dass Saul zwar der erste König der Israeliten war, aber nicht in Jerusalem. Der tatsächlich erste König von Jerusalem war daher König David.

Urs weitere Bemerkung, dass die Kreuzzüge keine friedliche Angelegenheit waren und dabei auch viele Juden getötet wurden, ist zutreffend.

» *Brussels Journal*: [Capital of the EUSSR 7: The Man With the Cross](#)

Brüssel: Acht Stunden Haft für Israelfahne



Während die deutsche Presse, sofern sie überhaupt berichtet, die Hacken vor Brüssels linkem Bürgermeister Thielemans für sein mutiges Durchgreifen gegen angebliche Rechtsextremisten zusammenschlägt, erreichen uns jetzt auch erste Berichte und Bilder von weiteren Brüsselbesuchern. PI-Leser „Kara Ben Nemsî“, der mit Freunden verspätet ankam, begab sich irrtümlich zum Schumanplatz, wo er den Demonstrationszug der [SIOE](#) vermutete. Tatsächlich hatte sich dort unabhängig von

SIOE aber der *Vlaamse Belang* versammelt. Die mitgeführte Israelfahne, die die Gruppe für Thielemans Helden als Rechtsextreme charakterisierte, brachte einem der Besucher acht Stunden Haft ein.



Solidarität mit Israel war auch bei der Demo der SIOE auf dem Place du Luxembourg ein von vielen Besuchern thematisiertes Anliegen. Der ungenannte PI-Leser auf unserem Foto hatte aber Glück, wegen seines T-Shirts nicht als Rechtsextremist verhaftet zu werden. Anderes hat Leser „Kara Ben Nemsy“ zu berichten:

Gerade zurück aus Brüssel. Zwei Personen unserer Fahrgemeinschaft gelangten durch die Polizeiabsperrung am Schuman-Platz, die anderen beiden wurden bereits an der U-Bahnstation abgefangen – eine Person wegen des Mitführens einer israelischen Fahne -, und wegen des Zeitverlusts (wir warteten eine gute halbe Stunde, daß sie wieder frei kämen) gingen wir direkt zum Schuman-Platz, fragten sogar freundlich (und eigentlich dreist, weil ahnungslos tuend) die Polizei nach Sinn und Zweck ihres massiven Auftretens. Man gab ebenso freundlich Auskunft. Gegen die wenigen Demonstranten ... wurde dann nach Abschalten der Fernsehkameras unverhältnismäßig rabiatisch vorgegangen. Ein alter Mann wehrte sich heftig gegen seine Festnahme. Das einzige, was man tun konnte (nachdem wir unsere Plakätchen und Zettelchen hinter der Reporterin in die laufende Kamera gehalten hatten), war, mit den Umstehenden

ins Gespräch zu kommen – mit vorüberkommenden Bürgern, dem Wachpersonal eines EU-Gebäudes, aber auch mit einem Journalisten, dem wir klarmachen konnten, daß Islamkritiker nicht zwangsläufig Faschos sind -, bis die Polizei auch diese winzigen Grüppchen am Straßenrande mit der Drohung der Festnahme auflöste. Die Schlagstöcke hingen locker an der Hüfte, die Wasserwerfer waren sternförmig aufgefahren, der Hubschrauber kreiste. Es war wie in einem Albtraum.

Aber das gilt auch für unseren Eindruck von der Stadt selbst. Das Polizeiaufgebot war immens; es gab Berittene, weiträumige Absperrungen mit Flatterband, dauernd kreischten irgendwelche Sirenen, und an fast jeder Ecke stand ein Dutzend Polizeibeamter, darunter überraschend viele orientalisch aussehende – auch Frauen. Dieser Anblick verfolgte uns bis in die historische Innenstadt.

Welch ein Aufwand! Klar, man kann das Geld beklagen, das heute so selig die Brüsseler Straßengossen hinabrauschte. Aber diese Demo hat trotz ihres Verbots Aufmerksamkeit erzeugt.

Eigentlich fand sie ja eher im Knast statt. Aber das sollen – z.B. – unsere beiden Mitfahrenden berichten. Sie können einiges erzählen über Handfesselungen, die noch nach Stunden schmerzten, über Schnürsenkel, die den "Gefangenen" aus den Schuhen gezogen wurden, den BHs, die den Frauen nach der Visitation nicht mehr zurückgegeben wurden, von den Sprechchören aus den Zellen ...

Wir hatten um 18.00 Richtung Heimat abfahren wollen. Es wurde 21.00 Uhr. Weil man unseren Fahrer 8 Stunden lang im Knast festgehalten hatte. Wegen der israelischen Fahne. Das ist europäische Realität.



Dass alle, die an einer wahrheitsgemäßen Berichterstattung über die Ereignisse von Brüssel interessiert sind, bei PI besser aufgehoben sind als bei den selbsternannten „seriösen“ Medien, beweist auch ein Bericht im österreichischen [Standard](#), der wie zuvor [Der Spiegel](#) und andere ausschließlich über die Veranstaltung des Vlaams Belang auf dem Schumanplatz schreibt und seinen Lesern die größere Veranstaltung der SIOE auf dem Place du Luxembourg, man muss vermuten mit Absicht, verschweigt. Wer sich ein Bild von dem im *Standard* beschriebenen hinterhältigen „Angriff eines rechten Politikers auf den Fahrer eines Polizeibusses“ machen will, kann sich hier [das zugehörige Video](#) ansehen.

Auch auf der Website [Winkelried](#) des rechten Schweizer Politikers Flühmann stößt man ins selbe Alphorn. Da sieht man, wer sich alles nicht nach Brüssel getraut hat. Denn Bilder von dort gezeigten „glatzköpfigen Randalierern“ ist uns die Presse bisher, auch vom Schumanplatz, schuldig geblieben.



EU-Justizkommissar Frattini gibt sich im *Standard* liberal:

EU-Justizkommissar Franco Frattini sprach sich dafür aus, grundsätzlich dem Demonstrationsrecht Vorrang zu geben. Demonstrationen sollten aber verboten werden, wenn ihre Teilnehmer gewalttätige Absichten hätten. Nazi-Demonstrationen gehörten verboten, weil „der Nationalsozialismus an sich illegal ist“, sagte Frattini vor Journalisten.

Wie wir seit gestern wissen, erkennt man in Brüssel Nazidemonstrationen am Mitführen von Kreuzen, Israelfahnen und Fahnen von EU-Mitgliedsstaaten. Die seriöse Presse genießt und schweigt.

(Fotos: Tim P. und PI)



BBC: Die Stimme Mekkas



“ There's so much interest in Islam at the moment that I think this will be a good thing to help people find out about it

”

Nsheila Ahmed, law student

Bei der BBC hat man sich entschlossen, den ganzen Schritt zu machen. In Zukunft wird man jedesmal bei Nennung des moslemischen Propheten Mohammed den bei Moslems gebräuchlichen Zusatz (Friede sei mit ihm) verwenden. Begründet wird das mit religiöser Toleranz – weil man dies ja auch bei anderen Religionen machen würde, wenn sie denn einen solchen Brauch hätten.

(Spürnase: Tarsuin)

Ralph Giordanos ungehaltene Kölner Rede



Mitkämpferinnen und Mitkämpfer – deutsche, muslimische und andere, welcher ethnischen Herkunft auch immer! Dies an den Anfang, in alle Ohren, die hören können, urbi et orbi – erstens: Falls sich Anhänger der „Pro-Köln“-Partei hierher verirrt haben sollten, können sie sich kategorisch aufgefordert fühlen, den Schauplatz auf das Schnellste zu verlassen und sich dahin zu verfügen, wo Rassisten, Ausländerfeinde, Neo- und Altnazis gehören – auf den Kehrlichthaufen der Geschichte! Ich komme auf diese parasitären „Bundesgenossen“ im Verlaufe meiner Rede noch zurück – so leicht wollen wir diese falschen Fuffziger für ihre braunen Anschleimungsversuche nicht davonkommen lassen.

Zweitens: Hier ist kein Haufen von Türkenschrecks zusammengekommen, keine Horde von Anti-Muslim-Gurus, und zum Bürgerkrieg ist auch nicht aufgerufen worden. Wir sind hier angetreten, um auf ein schwer wiegendes Problem der deutschen Innen- und Außenpolitik hinzuweisen, das seit Jahrzehnten regierungsübergreifend von den Politikern unter der Decke gehalten, geleugnet, verdrängt oder geschönt worden ist: auf das instabile Verhältnis zwischen Mehrheitsgesellschaft und muslimischer Minderheit, vorwiegend türkischen Ursprungs. Es rührt an die Grundfesten unserer demokratischen Gesellschaft.

Noch war der erste Pulverdampf des Kampfes um den Bau einer zentralen Großmoschee in Köln-Ehrenfeld nicht ganz verflogen, da meldete sich auch schon eine spezifische Furcht von

bundesweiten Ausmaßen – die Furcht vor einer schleichenden Islamisierung unseres Landes.

Sie ist nur zu begründet – lokal, national und international.

Mein öffentlicher Vorstoß gegen den Bau der Moschee vom 11. Mai 2007 in einem vom „Kölner Stadtanzeiger“ initiierten Streitgespräch mit einem Funktionär der DITIB hatte offenbar vielen aus der Seele gesprochen. Anders ist die geradezu sturzflutartige Medienlawine nicht zu erklären, die aufdeckte, wie virulent, überall gegenwärtig und hoch bewusst da etwas vor sich hingeschwelt hat, was von der Politikerklasse über Jahrzehnte hin regierungsübergreifend sträflich verdrängt, hartnäckig geleugnet und immer wieder geschönt worden ist.

In hunderten und aberhunderten von Briefen, Faxen und Telefonaten an mich hieß es, so einheitlich wie bestürzend: „Wir stehen hinter Ihrer Kritik, wagen aber nicht, es auszusprechen, weil wir dann in die falsche, die neonazistische Ecke gestellt werden, wo wir nicht hingehören...“

Auf der ganzen Linie also Triumph des niederträchtigsten aller niederträchtigen Totschlagargumente der „political correctness“: „Wer gegen die Moschee ist oder am Islam Kritik übt, und das laut sagt, besorgt die Sache der Nazis von heute.“

Genau in diese Ecke sollen auch unsere Veranstaltung, ihre Organisatoren und ihre Redner gestellt werden, genau damit sollten auch wir erpresst werden. Darauf eine klare, unmissverständliche Antwort: Man braucht, verdammt noch mal, kein Überlebender des Holocaust zu sein, um mit bürgerlichem Selbstbewusstsein deutschen Diffamierungsversuchen und muslimischer Drohung couragiert die Stirn zu bieten (sage ich, der gerade im Fadenkreuz beider steht).

Ein Wort zu meinem persönlichen Strauß mit „Pro Köln“. Als die vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestufte Partei mich mit der Losung „Giordano auf Pro-Köln-Kurs“ zu vereinnahmen

suchte, nannte ich sie „die lokale Variante des zeitgenössischen Nationalsozialismus, die, wenn sie könnte, wie sie wollte, mich in eine Gaskammer sperren würde.“ Was die braune Truppe veranlasste, mit einem Verfahren zu drohen, dem ich, falls es zustande käme, mit freudiger Erregung entgegensehe. An meiner politischen Charakteristik jedenfalls hat sich nichts geändert.

Zur lokalen Dimension

Der wahre Bauherr der zentralen Großmoschee in Köln-Ehrenfeld ist, über ihren verlängerten Arm DITIB, die Religionsbehörde Dyanet in Ankara. Dort ist das Projekt ausgeheckt worden, für mich von Anfang an ein Zeichen der Landnahme auf fremdem Territorium, das Symbol einer integrationsfeindlichen Identitätsbewahrung, eine Kriegserklärung. Das einzig Gute an diesem einen verräterischen Schritt zu weit nach vorn: das durch Fehleinschätzung der Reaktionen unfreiwillige Bekenntnis zu den wahren Absichten hinter der Fassade. Sollte der Bau in seiner jetzigen Gigantomanie tatsächlich hochgezogen werden, so geschähe das gegen den erklärten Willen einer nicht unbeträchtlichen Bevölkerungsmehrheit.

Zur nationalen Dimension

Vor uns liegt der Scherbenhaufen einer Immigrationspolitik, die sich zäh geweigert hat, Deutschland zu einem Einwanderungsland zu erklären und es mit den entsprechenden Gesetzen und Regularien auszustatten. Über Jahrzehnte hin gab es deutscherseits nichts als Hilflosigkeit, Konfliktscheue und falsche Toleranz, das ganze Arsenal gutmenschlicher „Umarmen“: verinnerlichte Defensive christlicherseits bei den sogenannten „interreligiösen Dialogen“; verheerende Nachsicht der Justiz bei Straftaten, bis in den Versuch, Teile der Scharia in die deutsche Rechtsprechung einzuspeisen; überängstliches Vorgehen und wehrloses Wegschauen von Polizei und Verfassungsschutz auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik; beängstigende Reserve gegenüber islamischen Organisationen, die den Terror

unterstützen, wie auch gegenüber Plänen für eine schleichende Umwandlung westlicher Staaten in eine islamische Staatsform.

Hier ein paar Zitate aus einigen der unzähligen Briefe gleichen Tenors: „Ich bin entsetzt über Politiker der 68er Generation, die in meinen Augen blauäugig und in falschem weich gespülten Toleranzgebaren einer hoch aggressiven Religion die Hand reicht, ohne die Dynamik dieser Glaubensgemeinschaft einschätzen zu können.“ Eine andere: „Ich bin entsetzt über Politiker, die sich auch aus intellektueller Bequemlichkeit weigern, eine entschiedene Auseinandersetzung mit islamischen Vertretern zu führen.“ Und eine dritte: „Mir macht der Islam erhebliche Angst, besonders als Frau stößt mich diese Religion mit ihrem autoritären patriarchalischen Ehrbegriff ab. Mehr Angst aber noch machen mir Politiker, die ihre Denkmuster von Toleranz und Antirassismus heute nicht einer Neudefinition unterziehen. Nur wenige ihrer Vertreter sind in der Lage, die intellektuellen Wertmesser ihrer Jugend in Frage zu stellen.“

Die hartnäckigen Versäumnisse hatten nach dem Zustrom vorwiegend türkischer „Gastarbeiter“ der 60er und 70er Jahre eine gewaltige Zuwanderungswelle zur Folge gehabt. Was dann nahezu unkontrolliert und in philanthropischer Furcht vor dem Stempel „Ausländerfeindlichkeit“ nachströmte, waren Millionen von Menschen aus einer gänzlich anderen Kultur, die in nichts den völlig berechtigten Eigennutzinteressen des Aufnahmelandes entsprachen, ohne jede Qualifikation waren und nur bedingt integrationsfähig und -willig. Und dazu gewaltige Belastungen der Sozialkassen.

Das Ergebnis im Spiegelbild der Gegenwart: 40% der türkischen Jugendlichen sind, primär bedingt durch mangelnde Sprachkenntnisse, ohne Schulabschluss, also beruflich und sozial ausgegrenzt. Was heißt, dass die Sprachdefizite vor allem der Mütter inzwischen in die dritte Generation der Kinder weitergegeben worden sind, ohne dass eine Änderung dieser Situation in Sicht ist. Zumal nach wie vor den

weiblichen Mitgliedern eines religiös dominierten Kulturkreises die Teilnahme am sozialen Leben der deutschsprachigen Mehrheit versagt bleibt.

Erschreckenderweise deuten viele Anzeichen darauf hin, dass die dritte Generation islamischer denkt als ihre Eltern und Großeltern und dass ein Teil von ihnen anfälliger ist für radikale Ideen als diese.

Nicht dass es keine Beispiele gelungener Einordnung in die Mehrheitsgesellschaft gäbe – es gibt sie. Nur – exemplarisch werden sie auch dadurch nicht, dass türkische Verbände immer wieder versuchen, die Ausnahme zur Norm zu erklären.

Die erste, unbequeme und für beide Seiten schmerzhaft Wahrheit ist: Die Integration ist gescheitert! Und die „Parallelgesellschaften“ sind der deprimierende Ausweis dafür. Es sind türkische Kritikerinnen und Kritiker, die uns authentisch berichtet haben von einem Alltag der Unterdrückung, der Abschottung, der Ausbeutung, der Zwangsehe und der Gefangenschaft muslimischer Frauen und Mädchen als Norm, bis hinein in die namenlose Perversität der so genannten „Ehrenmorde“.

Wir müssen lernen, die Dinge beim Namen zu nennen, sowohl was die deutschen Defizite im Verhältnis von Mehrheitsgesellschaft und muslimischer Minderheit betrifft, als auch die nicht hinnehmbaren Akte von türkischer Gewaltpolitik, Nationalismus, Fundamentalismus und öffentlichem Siegerebahren mit der Drohung demografischer Expansion. Der Stand der Dinge zwischen Mehrheitsgesellschaft und muslimischer Minderheit ist ungefestigt. Es gehört nicht viel Fantasie dazu, sich auszumalen, was sein würde, wenn die beiden von Muslimen gelegten Kofferbomben in Köln gezündet hätten, mit vielen Toten und Verletzten. Es bleibt nichts als die Hoffnung, dass dieser Fall nicht eintritt. Denn erreichte uns der Terror ohne sichtbare Fortschritte bei der Integration, würden der Republik Erschütterungen von bisher unbekanntem Ausmaß ins

Haus stehen.

So wenig, wie die muslimische Minderheit unter Generalverdacht gestellt werden kann, so wenig kann ihr ein Blankoscheck für Wohlverhalten überreicht werden. Wenn ihre Mehrheit denn ein friedliches Leben will (und davon ist auszugehen), so wäre sie gut beraten, das unmissverständlich zu bekunden, und zwar so oft die Lage es erfordert. Solche Proteste hat es gegeben, keineswegs aber schon in der Lautstärke, die die Voraussetzung für ihre Glaubwürdigkeit wäre.

Lassen Sie mich noch ein Wort sagen zu der höchst zwielichtigen Rolle der geradezu inflationär emporschießenden türkisch-muslimischen Migrantenvverbände in Deutschland, allen voran die am Tropf der türkischen Religionsbehörde Diyanet hängende DITIB, die Türkisch Islamische Union der Anstalten für Religion e.V. Obwohl sie dauernd ihre Treue zum Grundgesetz beteuert, hielte ihr vorgegebenes laizistisches Islamverständnis einer näheren Prüfung nicht stand. Türkische Kritiker halten sie für von radikalnationalistischen Organisationen unterwandert und nennen Querverbindungen zu Verbänden und Parteien, die statt auf Integration auf kulturelle Identitätsbewahrung der Immigranten und ihrer Nachkommen hinarbeiten. Dazu wird bekannt, dass DITIB-Imame eine Sonderausbildung erhalten, die den Völkermord an den Armeniern 1915/16 im türkisch-osmanischen Reich zu einem „Mythos“ erklärt – „Auschwitz Lüge“ auf Türkisch. Was wissen wir von der Tätigkeit der vielen zugewanderten international-islamistisch orientierten Funktionsträger innerhalb der nicht mehr zu zählenden Verbände? Und wie ehrlich können denn Bekenntnisse zu den Prinzipien der säkularen Demokratie sein, wenn es doch die Taqiyya gibt – also die ausdrücklich religiös sanktionierte Erlaubnis zu Täuschung und Verstellung in der Auseinandersetzung mit „Ungläubigen“? Nirgendwo bin ich auf mehr Unfähigkeit zu Selbstreflexion, zu Selbstkritik und Selbstironie gestoßen als in diesen Kreisen, dafür aber auf einen Dauerzustand nervösen Beleidigtseins, das seine

Sensibilitäten zur letzten Instanz machen will.

Buchstäblich rot sehe ich auch, wenn die DITIB und andere Verbände wieder einmal penetrant auf Religionsfreiheit pochen – womit ich die Religionsfreiheit hier nicht aufgehoben wissen will, wohl aber darauf hinweise, um wie viel glaubwürdiger diese Berufung wäre, wenn auch nur die kleinsten parallelen Bemühungen für Religionsfreiheit in der Türkei erkennbar sein würden. Sie sind es nicht. Da wird ein Prinzip sichtbar, das über allen Aktivitäten muslimischer Verbände steht, eingeschlossen den „Zentralrat der Muslime in Deutschland“ (ZDM) oder die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland“ (IGD): zu fordern, fordern, fordern, ohne jeden Sinn für eine Bringschuld.

Zur dritten, der internationalen Dimension

Die unbequemste, ja, bedrohlichste Frage unter all den unbequemen und bedrohlichen Fragen lautet: Ist der Islam reformierbar, modernisierbar? Sind er und die Scharia, das islamische „Rechtssystem“, in Übereinstimmung zu bringen mit Demokratie, Menschenrechten, Meinungsfreiheit, Pluralismus und, dies die Schlüsselfrage überhaupt, Gleichstellung der Geschlechter? Fragen, die den Islam auf den Prüfstand der Geschichte stellen – und die überraschenderweise am negativsten von kritischen Muslimen selbst beantwortet werden. Und das so punktgenau und tabulos, wie es kein Europäer oder Amerikaner je auszusprechen wagen würde – Zitat: *„Kaum ein islamischer Geistlicher, geschweige denn ein frommer Laie ist willens und in der Lage, das Kernproblem in der Denkstruktur des eigenen Glaubens zu sehen. Sie sind nicht bereit zur kritischen Analyse der eigenen Tradition, zu einer schonungslosen Gegenüberstellung ihres Glaubens mit der Lebenswirklichkeit in modernen Gesellschaften.“* So der große türkische Lyriker Zafer Senocak.

Was sind Salman Rushdies „Satanische Verse“ gegen diese Analyse, die die Lehre und Praxis des muslimischen Glaubens

schonungslos als die eigentliche Quelle der enormen Schwierigkeiten des Islams bei seinem Versuch einer Anpassung an die Moderne vorführt, also eigene Übel zum wahren Ursprung des Terrors erklärt und die Säkularisierung des Islam zur Voraussetzung einer Zukunft macht?

Ein riesiger, revolutionsüberreifer Teil der Menschheit, die Ummah, die globale Gemeinschaft der Muslime, so differenziert sie in sich ist, droht an ihrer eigenen Rückständigkeit zu ersticken. Richtig, die Türkei bietet eine Ausnahme, aber was den Grundkonflikt anbetrifft, Islam und Moderne, steckt sie mitten in dem.

Wenn es denn stimmen sollte, dass es einen Unterschied zwischen Islam und Islamismus gibt (was wiederum gerade Muslime bestreiten), dann sollte der Islam bemüht sein, den Unterschied glaubhaft zu machen. Denn wenn das nicht geschieht, kann er bald schon identifiziert werden mit einer Bewegung, die das Zeug zum Totalitarismus des 21. Jahrhunderts in sich trägt. Die Merkmale anhand gegebener historischer Vergleichsmöglichkeiten sind alarmierend genug, bis hinein in das erklärte Ziel des politischen Islam: „Umsturz der gottlosen Regierungen des Westens und ihre Ersetzung durch islamische Herrschaft.“

Ich glaube nicht daran, dass diese wahnsinnigen Fiktionen Wirklichkeit werden könnten. Aber auch über ihren Versuch schon könnte die Welt zuschanden werden, und nicht nur die islamische. Dieser Kampf ist in vollem Gange – und Europa, Deutschland stecken mittendrin. Deutschland wird sich an den Gedanken gewöhnen müssen, dass Integration auch weiterhin ein Wunschbild bleiben wird, Mehrheitsgesellschaft und muslimische Minderheit aber dennoch miteinander auskommen müssen. Von allen Geschichtsbildern ist dies das wahrscheinlichste. Es schließt individuelle Integration nicht aus, versagt sich aber einer kollektiven Einordnung. Oberstes Gebot: Gewaltlosigkeit!

Und zum Schluss, noch einmal: Ich bin kein Türkenschreck, kein

Anti-Muslim-Guru, ich habe nicht zum Bürgerkrieg aufgerufen. Ich habe lediglich im Interesse beider Seiten mitgeholfen, ein verdrängtes, hochexplosives Thema deutscher Innenpolitik in das öffentliche Bewusstsein zu befördern.

Ich werde also auch weiterhin auf meiner kulturellen Selbstbestimmung beharren, auf einer Lebensform, die die meine ist und in mannigfacher Hinsicht mit der islamischen nicht übereinstimmt. Ich werde mich auch weiter abgestoßen fühlen durch verhüllte Frauen, wobei sich meine Abscheu nicht gegen die Frauen richtet, sondern ein religiös dominiertes Patriarchat und seine Verwalter. Auch werde ich meine Ansicht von Meinungsfreiheit nicht einem Ungeist anpassen, der sie so auslegt: „Alle haben das Recht, ihre Meinung frei auf eine Weise auszudrücken, die der Scharia nicht zuwiderläuft.“ Nein und dreimal nein! Ich will sagen dürfen, dass ich die Scharia, das Gesetz des Islam, für notorisch grundgesetzwidrig halte, für einen skandalösen Anachronismus, das Fossil einer überholten geistesgeschichtlichen Epoche und ein schweres Hindernis auf dem Wege zur Reformierung und Modernisierung des Islam. Sie wird von mir genau so selbstverständlich in die kritische Methode einbezogen wie der Koran, die Biographie Mohammeds und das Alte und das Neue Testament. All das und mehr will ich sagen, schreiben und denken dürfen – offizielle Fatwa-Drohung hin, inoffizielle her. Und das unter der Überschrift:

Nicht die Moschee, der Islam ist das Problem!

Wo sind wir denn, dass wir uns überlegen müssten, ob unser Tun und Handeln radikaler Muslimen gefällt oder nicht? Wo sind wir denn, dass wir uns in vorseilendem Gehorsam von religiösen und anderen Fanatikern vorschreiben ließen, was wir veröffentlichen dürfen und was nicht? Wo sind wir denn, dass wir in die Knie gehen vor jenen offenbar jederzeit abrufbaren Zorn- und Empörungskollektiven zwischen Kairo und Bali, die der Streit um die dänischen „Mohammed“-Karikaturen uns so drastisch vorgeführt hat? Wie lange sollen wir noch stramm

stehen vor Traditionen, Sitten und Gebräuchen, die jede Kritik in Beleidigung umfälschen, selbst aber höchst verschwenderisch mit Verbalinjurien gegen Andersdenkende zur Hand ist?

Ich wehre mich gegen ein Erpresserpotenzial, das uns unter islamischer Beobachtung halten will und seine Tentakeln von Zentral- und Vorderasien bis in die Mitte Europas ausgeworfen hat, mit dem Motto: „Wer nicht kuscht, der lebt gefährlich!“

Ich werde mir aber auch weiterhin von der Seele schreiben, was dabei ist, mich auf meine späten Tage das Fürchten zu lehren: der politische, der militante Islam und seine Funktionsträger, die grüne Blauäugigkeit deutscher „Umarmter“ und die Sirenentöne der professionellen Taqqiyyah-Rhetoriker.

Und zum Schluss ein Wort an Kölns politische Spitze, die sich mit einer Überheblichkeit sondergleichen über den immer deutlicher artikulierten Protest einer großen Bevölkerungsgruppe hinweggesetzt hat und sich dabei nicht entblödete, mit den verschämten Korrekturen an der nach wie vor Groß-Moschee nichts als architektonische Kosmetik zu betreiben. Wenn es denn wahr ist, dass auch diese Moschee als eine Fatih-Moschee geplant war, also wie viele andere in Deutschland nach einem osmanischen Eroberer benannt werden sollte, dieses Vorhaben nun aber nach der stürmischen Gegenwehr zurückgenommen würde, so bestätigt sich damit nur eine Taktik der Anpassung, die nichts von der ursprünglichen Absicht dahinter weg nähme: mehr Macht, mehr Einfluss – schleichende Islamisierung.

Ich kann deshalb zum Schluss meiner Rede nur noch einmal an den Oberbürgermeister der Stadt Köln und die befürwortenden Stadträte appellieren, den Bau in Ehrenfeld zu stornieren. Zwischen Hinterhof- und Großmoschee gäbe es viele Abstufungen ohne den Abschreckungseffekt, den der Reißbrettentwurf hervorgerufen hat.

Wenn es denn der Preis sein sollte, ohne Schmusekurs in diesem

Konflikt Freunde zu verlieren und persönlich bedroht zu werden, dann bin ich bereit, ihn zu zahlen. Und das, wie bisher, weiter an der Seite so tapferer Frauen wie Necla Kelek, Arzu Toker, Emine Özdamar, Seyran Ates, Ayaan Hirsi Ali und aller anderen, aller anderen friedlichen Muslimas und Muslime!



Manuskript von Ralph Giordanos Rede, die morgen auf der Kölner Demonstration gehalten werden sollte. Die Demonstration wurde bekanntlich am 5. September von den Veranstaltern [abgesagt](#).